

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Oktober 2016

Flüchtlings- zuzug dauerhaft reduzieren

Zahlen bereits deutlich
gesunken – Asylpakete wirken –
Neue Grundlagen für Integration

Vorrang für Innere Sicherheit

Fraktionsvorstand der CDU/CSU beschließt Maßnahmenpaket –
Mehr Personal und mehr Befugnisse für die Polizei

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Fakten

6

Der Brennpunkt
Vorrang für Innere Sicherheit

12

Die Themen
Flüchtlingszuzug dauerhaft reduzieren

16

Das Gespräch
*Stephan Harbarth zum Thema
Kinderehen in Deutschland*

18

Die Themen
Chancen auf beiden Seiten des Atlantiks

19

Die Bilder

20

Die Fraktion
*Herrin der Zahlen –
Die AG Haushalt im Porträt*

21

Die Antworten
*Fragen und Antworten zum
Bundeshaushalt 2017*

22

Die Zahlen

23

Der Gast
*Hans Peter Wollseifer zur
Ausbildungssituation im Handwerk*

23

Impressum

24

Das Zitat



© Bundespolizei

6

Das Sicherheitsgefühl der Deutschen nimmt ab. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, für die die Innere Sicherheit schon immer Vorrang hatte, will mehr Personal und bessere Ausrüstung für die Polizei.



© Picture Alliance

12

Deutschland kann auf Dauer nicht so viele Flüchtlinge aufnehmen wie im vergangenen Jahr. Um den Zuzug dauerhaft zu begrenzen, setzt sich die Unionsfraktion für weitere Maßnahmen ein.



© Getty Images

18

Die deutsche Exportwirtschaft lebt vom Freihandel. In den geplanten Handelsabkommen mit den USA und Kanada sieht die Unionsfraktion große Chancen.



© Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser!

In der Politik müssen die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Genauso wichtig ist es aber, sie den Bürgern verständlich zu erklären. Die Vermittlung von Politik muss mit der Zeit gehen.

So hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren versucht, ihre Kommunikation stetig zu verbessern. Mit der Neuge-

staltung von „Fraktion direkt“ hoffen wir nun, Sie über unsere Arbeit im Deutschen Bundestag noch ein Stück umfassender informieren zu können und dabei gleichzeitig moderner und frischer aufzutreten.

Die Printausgabe von „Fraktion direkt“ haben wir zu einem Monatsmagazin weiterentwickelt, das vor allem mehr Raum bietet, komplexe Vorgänge besser zu erläutern. Sie können wählen, ob Sie sich das gedruckte Heft kostenlos zuschicken lassen möchten oder ob Sie es online auf unserer Website lesen wollen. Demnächst soll es auch eine App geben. Über die aktuellen Entwicklungen in jeder Woche berichtet daneben unser elektronischer Newsletter. Wie das Monatsmagazin können Sie den Online-Newsletter über die Bestellfunktion auf unserer Website abonnieren.

Egal, was Sie beziehen, das Monatsmagazin oder den wöchentlichen Newsletter – in jedem Fall wünsche ich Ihnen an dieser Stelle eine anregende Lektüre.

Wie wichtig gute Kommunikation ist, hat sich in den vergangenen Wochen gezeigt. Für die Union war es eine schwierige Zeit. Dazu hat beigetragen, dass unsere politische Konkurrenz in der Flüchtlingspolitik nicht mehr redlich argumentiert. Gerade auf einem Gebiet, das vielen Menschen Sorgen und Nöte bereitet, darf kein falscher Eindruck erweckt werden, wie ihn Teile der SPD vermittelt haben.

In der Flüchtlingskrise hat Deutschland wie kaum ein anderes Land in Europa Mitmenschlichkeit gezeigt. Wir sind uns in der Union einig, dass ein Zuzug in einer Größenordnung wie 2015 eine absolute Ausnahme bleiben muss. Dazu haben wir gemeinsam mit der Bundeskanzlerin eine Vielzahl von nationalen, europäischen und internationalen Maßnahmen umgesetzt. Infolgedessen ist die Zahl der Flüchtlinge drastisch zurückgegangen. Wir haben also das eingehalten, was die Union auf ihren Parteitag angekündigt hat. Darüber wie über viele andere Themen informiert Sie diese erste Ausgabe des Monatsmagazins „Fraktion direkt“.

Volker Kauder

Erst die Arbeit, dann der Wahlkampf

Die Union bleibt der stabilisierende Faktor der großen Koalition

Vor wenigen Wochen wurde ich von einem bekannten Berliner Journalisten gefragt, ob es mir angesichts der Unstimmigkeiten zwischen CDU und CSU eigentlich noch Freude mache, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion zu sein. Aus voller Überzeugung konnte ich mit Ja antworten. Denn wir haben es in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion immer wieder geschafft, sowohl in der Flüchtlings- und Asylpolitik als auch bei vielen anderen Themen einstimmige Beschlüsse zu fassen. Ich bin zuversichtlich, dass uns das auch in der Zukunft gelingen wird.

Im letzten Jahr vor der Wahl bleiben CDU und CSU der stabilisierende Faktor der großen Koalition. Natürlich wünschen wir uns alle, dass die Konflikte zwischen unseren beiden Schwesterparteien rasch beigelegt werden. Inhaltlich sind die Unterschiede ja nur marginal. Auch die Auseinandersetzung um eine Obergrenze könnte bald ihre Brisanz verlieren, wenn die Flüchtlingszahlen noch weiter sinken, was ja immer das Ziel der Union war. CDU und CSU sind sich vollkommen einig darin, dass sich ein solches Maß an Zuwanderung wie 2015 nicht noch einmal wiederholen darf.

Wir alle wissen durch unsere Arbeit in den Wahlkreisen, wie groß die Hilfsbereitschaft noch immer ist. Aber wir wissen auch, dass die Menschen Ängste haben, die wir ernst nehmen und auf die wir reagieren müssen. Die Union hat dazu in der Sommerpause die richtigen Vorschläge gemacht, die wir jetzt zügig umsetzen werden. Vieles sind ja längst bekannte Forderungen von CDU und CSU. Die rot-grünen Landesregierungen bleiben indessen weiter aufgerufen, ihre ideologisch motivierte Blockade im Bundesrat aufzugeben und die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu deklarieren.

»Wir nehmen die Ängste der Menschen ernst und reagieren auf sie.«

Unseren Vorschlag, Kinderehen konsequenter zu bekämpfen, hat der Koalitionspartner bereits übernommen. Wir warten jetzt nicht mehr auf ein Gutachten des Justizministers, sondern werden gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen. CDU und CSU sind weiter an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit unserem Koalitionspartner interessiert, werden es der SPD aber nicht durchgehen lassen, wenn sie Unwahrheiten etwa zur Flüchtlingspolitik verbreitet. Es

ist auch wenig überzeugend, dass SPD-Chef Sigmar Gabriel erst mit einem „Refugees Welcome“-Anstecker auf der Regierungsbank saß und dann erklärte, er sei schon immer für eine „Quasi-Obergrenze“ gewesen.

Mit großer Gelassenheit nehmen wir zur Kenntnis, dass die SPD insgeheim auf ein rot-rot-grünes

Bündnis nach der nächsten Wahl schießt. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass die große Mehrheit der Deutschen weder einen Ausstieg aus der NATO noch massive Steuererhöhungen oder gar Sahra Wagenknecht als Außenministerin will. Wenn ich an diese Alternativen denke, weiß ich schon jetzt, dass mir in den nächsten zwölf Monaten nicht nur die Arbeit als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, sondern auch der Bundestagswahlkampf sehr viel Freude machen wird.

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Wussten Sie, dass...

...Steuerentlastungen ab 2017 möglich sind?

Das anhaltend gute Wirtschaftswachstum, die geringe Arbeitslosigkeit und die niedrigen Zinsen sorgen dafür, dass der Bund in diesem Jahr einen kräftigen Überschuss erzielen wird. Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwächst dadurch ein Spielraum für Steuererleichterungen nach der Wahl im September 2017. Fraktionschef Volker Kauder kann sich eine Entlastung um die 15 Milliarden Euro pro Jahr vorstellen. „Nach meiner Auffassung sollten vor allem die Familien und die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen profitieren“, sagt er.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stellte schon für das kommende Jahr eine geringfügige Steuerentlastung in Aussicht. Im Bundestag kündigte Schäuble an, Anfang 2017 die Auswirkungen der sogenannten kalten Progression zu korrigieren. Grundfreibetrag, Kindergeld, Kinderfreibetrag und Steuertarif könnten in einem Umfang von zwei Milliarden Euro angepasst werden.

Für die nächste Wahlperiode sieht auch er einen Spielraum von 15 Milliarden Euro jährlich. Neben der Entlastung vor allem kleiner und mittlerer Einkommen könnte zugleich der „Mittelstandsbauch“ bei der Einkommensteuer abgeflacht werden. In der Finanzplanung bis 2020 verzichtet der Bund weiterhin auf neue Schulden.

...krisengebeutelte Bauern Hilfe bekommen?

Viele Bauernfamilien in Deutschland kämpfen aktuell um ihre Existenz, da die Preise für Milch, Fleisch, Obst und Getreide eingebrochen sind. Die Bundesregierung hatte sich dafür eingesetzt, dass ein zweites EU-Hilfspaket über 500 Millionen Euro geschnürt wurde. Ab Mitte September fließen 150 Millionen Euro an Milcherzeuger, die ihre Produktion drosseln. Konkret heißt das: Die Bauern bekommen für jeden Liter Milch, den sie im Vergleich zum letzten Quartal 2015 weniger produzieren, 14 Cent Beihilfe. Das soll dazu animieren, weniger Milch auf den Markt zu bringen und die Preise so zu stabilisieren.

Die übrigen 350 Millionen Euro aus dem EU-Paket gehen direkt an die einzelnen EU-Staaten, davon der größte Betrag von knapp 58 Millionen Euro an Deutschland. Diesen will die Bundesregierung auf 116 Millionen Euro verdoppeln. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion appelliert an die Bundesländer, ebenfalls zusätzliche Mittel für die Bauern bereitzustellen.

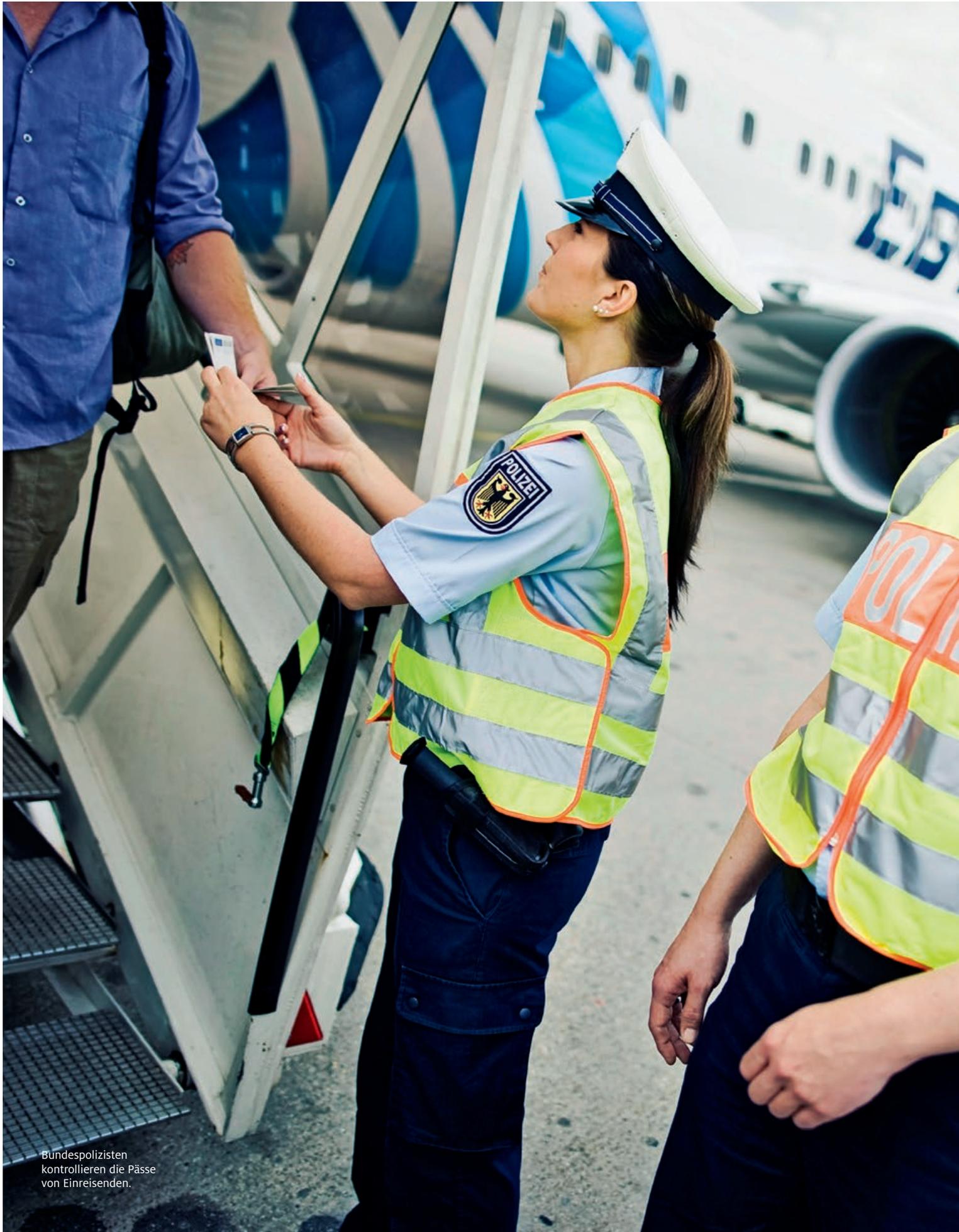
Der Bund geht mit gutem Beispiel voran. Denn er hat auch den Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in diesem Jahr um 78 Millionen Euro auf insgesamt 178 Millionen aufgestockt – dieselbe Summe ist auch im Haushaltstopf für 2017 eingeplant.

...die Parlamentarierkonferenz zur Glaubensfreiheit eine Rekordbeteiligung hatte?

Von Unionsfraktionschef Volker Kauder ist bekannt, dass er seit Jahren um die Welt reist und sich für religiöse Minderheiten einsetzt, die wegen ihres Glaubens bedrängt, bedroht und verfolgt werden. So ist er Teil eines internationalen Netzwerks von Parlamentariern, die sich für Glaubens- und Gewissensfreiheit engagieren. Auf seine Initiative war die CDU/CSU-Fraktion im September Gastgeber der zweiten Konferenz dieses Netzwerks. An ihr nahmen rund 110 Abgeordnete verschiedener Religionen und politischer Ausrichtung aus 60 Ländern teil.

Die Religionsfreiheit ist in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen verankert und genießt in Deutschland verfassungsrechtlichen Schutz. Dabei geht es um das Recht, sich zu seinem Glauben zu bekennen, ihn auszuüben oder ihn zu wechseln, wie um das Recht, sich keiner Religion anzuschließen. Volker Kauder umschrieb das Anliegen der Konferenz mit den Worten: „Lasst uns mit unseren Religionen friedlich miteinander leben.“ Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, betonte: „Ohne Religionsfreiheit kann es keine Freiheit geben und ohne Freiheit keinen Frieden.“

Unterdessen geraten religiöse Minderheiten weltweit immer stärker unter Druck – nicht nur von Regierungen, die die oft verfassungsmäßig verbrieften Religionsfreiheit nicht garantieren, sondern auch von Terrorgruppen in zerfallenden Staaten. Die größte Gruppe verfolgter Glaubensanhänger sind nach wie vor Christen.



Bundespolizisten kontrollieren die Pässe von Einreisenden.



Vorrang für Innere Sicherheit

Fraktionsvorstand der CDU/CSU beschließt Maßnahmenpaket – Mehr Personal und mehr Befugnisse für die Polizei

Das Sicherheitsgefühl nimmt ab. Die Bürger erwarten Antworten von der Politik.

Die Innere Sicherheit ist eines der Themen, das die Bundesbürger derzeit am meisten umtreibt. Angesichts islamistischer Terroranschläge, aber auch wegen der drastischen Zunahme von Wohnungseinbrüchen nimmt das Sicherheitsgefühl der Deutschen ab. Die Politik muss darauf Antworten finden. CDU und CSU haben der Inneren Sicherheit schon immer Priorität beigemessen. Auf ihrer Vorstandsklausur Anfang September in Berlin hat die Unionsfraktion eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, wie man Kriminalität und Terrorismus noch stärker eindämmen kann.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth sprach von einem „Dreiklang“ aus mehr Personal, besserer Ausrüstung und mehr Befugnissen für die Polizei.

„Das Sicherheitsgefühl der Deutschen erodiert“, lautete das Fazit einer Allensbach-Studie im Auftrag der FAZ, die im August veröffentlicht wurde. Und das war noch vor den islamistisch motivierten Anschlägen von Würzburg und Ansbach, die das Bewusstsein der Menschen für die Bedrohung durch

islamistischen Terrorismus nochmals erhöhte. Gleichwohl sehen die Bürger laut Umfrage noch viele Ansatzpunkte, um die Risiken zu verringern. 46 Prozent der Menschen fordern dezidiert mehr Anstrengungen der Politik. Auch in einer Umfrage des ARD-Deutschlandtrends Ende August nannten die Menschen Innere Sicherheit als die derzeit wichtigste Aufgabe der Politik.

Die Bürger wünschen sich laut Allensbach eine bessere Ausstattung sowie mehr Befugnisse für die Polizei. Sie wollen die Überwachung öffentlicher Plätze, die konsequente Abschiebung von Asylbewerbern und die Registrierung der Fingerabdrücke von jedem, der nach Deutschland einreist. All diese Punkte gehören zum Maßnahmenkatalog der Unionsfraktion, die sich in punkto Innere

Sicherheit mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière einig weiß. Auch de Maizière hatte kürzlich eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt. Klar ist aber: Die unionsgeführte Bundesregierung fängt nicht bei Null an.

Mehr als ein halbes Dutzend Gesetze bereits verabschiedet

„Allein in dieser Legislaturperiode haben wir bereits eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Sicherheit im Lande erhöhen“, betont der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer. „Untätigkeit kann man uns wahrlich nicht vorwerfen.“ So wurden mehrere tausend Stellen bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen, darunter auch eine neue Anti-Terror-Einheit mit 250 Beamten. Für den Zeitraum von 2015 bis 2020

stehen zwei Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für Ausrüstung zur Verfügung. Im Kernbereich der Inneren Sicherheit hat die unionsgeführte Regierung mehr als ein halbes Dutzend Gesetze verabschiedet. Beispielsweise macht sich nun strafbar, wer in ausländische Terrorcamps reist. Potenziellen Terroristen können Personalausweis und Reisepass entzogen werden, um sie an der Ausreise zu hindern.

Der Unionsfraktion reichen diese Maßnahmen allerdings noch nicht. In ihrem Zwölf-Punkte-Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit steht weiterer Personalaufbau bei der Polizei ganz oben. Für den Zeitraum von 2017 bis 2020 sollen 4.500 weitere Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes geschaffen werden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gab de Maizière dafür bereits grünes Licht. Alles in allem erhält damit allein die Bundespolizei bis

Verantwortung in der Welt übernehmen

NATO-Generalsekretär Stoltenberg zu Gast bei der Vorstandsklausur der CDU/CSU-Fraktion – Verteidigungsausgaben erhöhen

Ein Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges hat sich die Sicherheitslage weltweit deutlich verschärft. Von den neuen Spannungen mit Russland über den Bürgerkrieg in Syrien bis zum Kampf gegen islamistischen Terror – die Herausforderungen sind vielfältig. In Zeiten wie diesen rückt der Wert stabiler Bündnisse wieder stärker ins Bewusstsein. Gerade die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiß es zu schätzen, dass Deutschland fest in der Europäischen Union und

der NATO verankert ist. Auf seiner Klausur Anfang September verabschiedete der Fraktionsvorstand ein Papier, in dem sich die Union zu einer starken Bundeswehr in einer starken NATO bekennt und ankündigt, mehr Verantwortung in der Welt übernehmen zu wollen.

Prominenter Gast der Klausurtagung war NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der daran erinnerte, dass Sicherheit nicht zum Nulltarif zu haben ist. Zwar zeigte er sich erfreut, dass die nationalen Verteidigungsbudgets der NATO-Mitglieder angesichts der neuen Herausforderungen erstmals seit langem wieder steigen. Jedoch wies er darauf hin, dass die Etats noch weit vom gesetzten Ziel – zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – entfernt seien. Außerdem mahnte er eine faire Lastenteilung



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Volker Kauder und Gerda Hasselfeldt

Mit einer Technik-offensive Kriminalität im Netz bekämpfen

2020 rund 7.000 zusätzliche Polizisten. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, nannte die Ausstattung der Sicherheitskräfte mit mehr Personal und Ausrüstung eine Investition in die Zukunft. Er sagte: „Wenn wir objektiv die Sicherheit erhöhen wollen, dann ist die Personalaufstockung dafür das A und O.“ Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder begrüßte den Beschluss, warnte allerdings vor allzuviel Ungeduld beim Personalaufbau. Kandidaten für die neuen Stellen müssten größtenteils erst noch ausgebildet werden, sagte er.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Einsatz der Bundeswehr zur Terrorbekämpfung im Inneren. Schon heute erlaubt die Verfassung den

Ländern, zur Unterstützung ihrer Polizei auch Streitkräfte anzufordern. Die Unionsfraktion befürwortet aber eine Klarstellung im Grundgesetz, damit in einer besonders schweren Terrorlage, bei der die Polizei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gerät, Soldaten unter Führung der Polizei eingesetzt werden können – beispielsweise Feldjäger oder Sanitäter. Dazu soll ein detailliertes Einsatzkonzept ausgearbeitet werden, denn im Ernstfall bleibt keine Zeit für Improvisation. Auch wenn der Koalitionspartner SPD sowie die Opposition einen Bundeswehreininsatz im Inneren ablehnen, laut ARD-Deutschlandtrend von Anfang September sprechen sich 69 Prozent der Deutschen dafür aus – ein klares Votum.

Cyber-Ermittler durchforsten das „Darknet“

Die Unionsfraktion plädiert außerdem dafür, die Befugnisse der Sicherheitsbehörden deutlich zu stärken. So sollen Polizei und Verfassungsschutz zum einen schnellstmöglich die sogenannte Quellen-Telekommunikation überwachen dürfen, damit sie auch an verschlüsselte Informationen herankommen. Zum anderen sollen die Sicherheitsbehörden die Befugnis zur Online-Durchsuchung von Computern erhalten. Eine eigens eingerichtete Truppe von Cyber-Ermittlern, die sogenannte Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS), soll den Behörden dabei zur Seite stehen, indem sie beispielsweise das „Darknet“ ausleuchtet. Dort kommunizieren Terroristen miteinander und bestellen Waffen wie andere Leute Bücher bei bekannten Onlinehändlern.

Um kriminelle Umtriebe im Internet zu unterbinden, forderte de Maizière „eine Technik-offensive“. Auch Stephan Mayer sagte mit Blick auf die IT-Infrastruktur der Sicherheitsbehörden: „Wir müssen aufrüsten.“ Terroristen und andere Kriminelle müssten heute nicht mal mehr das Haus verlassen, um Straftaten zu verüben. Dafür nutzten sie den PC im eigenen Keller.

Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, der Gast der Vorstandsklausur war, begrüßte die Möglichkeit weiterer Befugnisse der Sicherheitsbehörden – allein schon deshalb, weil das Recht durch die rapiden technologischen Veränderungen der vergangenen Jahre nicht mehr eindeutig sei. Diskutiert wurde auch das Problem der riesigen Datenmengen, die angehäuft werden. Hierfür müsse man intelligente Suchsysteme entwickeln, forderte Münch. In Sachen Informationstechnik will sich das BKA stärker als Kompetenzzentrum und Dienstleister für die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder verstehen. De Maizière nannte das BKA einen der großen Innovationstreiber.

zwischen den USA und Europa an. Hintergrund ist der laufende Präsidentschaftswahlkampf in den USA. Es zeichnet sich ab, dass die USA auf mittlere Sicht ihre Verteidigungsausgaben reduzieren und die europäischen Partner daher selbst mehr Geld werden aufwenden müssen. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung unterstrich die Notwendigkeit einer Erhöhung der Verteidigungsetats, mahnte aber gleichzeitig mehr Effizienz an, vor allem bei der Rüstungskooperation der Partner untereinander.

Dialog und Abschreckung im Verhältnis zu Russland

In spannungsreichen Zeiten müsse man aus einer Position der Stärke heraus operieren, betonte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und sprach damit vor allem das konfrontative Gebaren Russlands an. Einvernehmen herrschte mit dem NATO-Generalsekretär, dass man im Verhältnis zu Moskau zweigleisig fahren müsse: mit Abschreckung und Dialog. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, stellte klar, dass Abschreckung und Dialog nichts mit „Säbelrasseln“ zu tun haben, wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier dem Bündnis vorgeworfen hatte.

Die NATO kann auch im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus eine Rolle spielen, indem sie Terroristen Rückzugsräume versperrt, zeigten sich Stoltenberg und der Fraktionsvorstand überzeugt. Allerdings könne das Bündnis nicht überall auf der Welt die Kriege anderer führen. Deshalb müsse es verstärkt darauf setzen, Regierungen von Krisenstaaten mit Beratung und Ausbildungsmissionen zur Seite zu stehen. Sie sollten so in die Lage versetzt werden, die Kontrolle über ihr Land zurückzugewinnen und Terrororganisationen selbst zu bekämpfen. Franz Josef Jung erinnerte diesbezüglich an das Konzept der vernetzten Sicherheit, also das Ineinandergreifen von militärischen, diplomatischen und entwicklungs-politischen Instrumenten.

Europäische Zusammenarbeit unerlässlich

Bei der Verbesserung der Sicherheitslage in der realen Welt setzt die Unionsfraktion – wie auch von vielen Bürgern gewünscht – zum Beispiel auf mehr Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr, an Bahnhöfen, auf Flughäfen oder belebten Plätzen. Um einschlägig bekannten Tätern auf die Spur zu kommen, soll Software zur Gesichtserkennung genutzt werden. Gewaltbereite Extremisten sollen gegebenenfalls in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden – mit Hilfe von Meldeauflagen, Näherungsverboten oder elektronischen Fußfesseln. Die Union will außerdem verhindern, dass sich Islamisten über Spenden finanzieren können oder gar mit staatlichen Geldern gefördert werden. Damit der Nährboden für terroristische Gewalt ausgetrocknet wird, soll die Sympathiewerbung wieder unter Strafe gestellt werden.

Sympathiewerbung für Terrororganisationen wieder unter Strafe stellen

Nicht zuletzt spricht sich die Fraktion für mehr Zusammenarbeit in Europa aus. De Maizière und Mayer wiesen auf das Problem hin, dass es auf europäischer Ebene zwar eine Reihe von Datenbanken gibt – wie EURODAC zur Speicherung von Fingerabdrücken und das Schengen-Informationssystem, in dem zur Fahndung ausgeschriebene Personen registriert werden. Doch seien sie nicht miteinander verknüpft. Außerdem brauche man dringend ein europäisches Ein- und Ausreiseregister, um feststellen zu können, ob sich gesuchte Personen in der EU aufhalten.



Wohnungseinbrüche gezielt bekämpfen

Unionsfraktion für Prävention und Abschreckung

Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat drastisch zugenommen. Inzwischen findet alle drei Minuten ein Einbruch statt. Die CDU/CSU-Bundstagsfraktion stört diese Entwicklung schon lange – zumal offensichtlich Handlungsspielräume bestehen. Dies zeigt allein die Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Einbruchdiebstahls zu werden, in Nordrhein-Westfalen sechsmal höher ist als in Bayern. Private Sicherheitsdienste oder „Bürgerwehren“ dürfen nicht die Lösung sein. „Der Rechtsstaat muss sein Gewaltmonopol ausüben“, betonte die Fraktion auf ihrer Vorstandsklausur Anfang September in Berlin.

Wohnungseinbrüche bedeuten für die Betroffenen nicht nur materiellen Verlust, sondern oft auch Traumatisierung. Wer einmal Opfer eines Einbruchs geworden ist, fühlt sich lange Zeit in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Deshalb hat die Unionsfraktion bereits 2015 ein Präventionsprogramm durchgesetzt. Mietern oder Eigentümern, die Sicherheitsschlösser einbauen oder ihre Türen verstärken lassen wollen, gewährt die KfW momentan einen zehnprozentigen Zuschuss für die Umbaumaßnahmen. Die CDU/CSU setzt sich nun dafür ein, dass die Mindestinvestitionssumme von derzeit 2.000 auf 500 Euro abge-

senkt wird. Die Mittel für das KfW-Programm wurden bereits auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt.

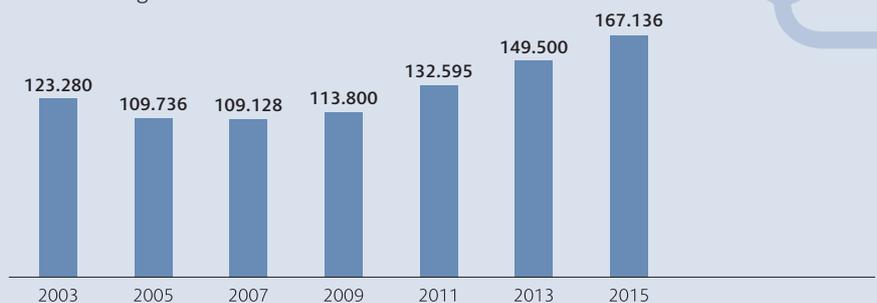
Um Einbrecher abzuschrecken, verlangt die Unionsfraktion härtere Strafen. Daher soll Wohnungseinbruch künftig als Verbrechen gewertet werden – ähnlich wie Raub oder Meineid. Die Mindeststrafe steigt infolgedessen von einem halben auf ein ganzes Jahr. Auch eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit käme nicht mehr in Frage. Gespräche mit dem Koalitionspartner darüber sollen bald beginnen.

„Der Rechtsstaat muss sein Gewaltmonopol ausüben“

Außerdem soll „einfacher“ Wohnungseinbruch – genauso wie der bandenmäßig begangene – in den Katalog der Straftaten aufgenommen werden, bei denen eine Überwachung und Aufzeichnung der Telekommunikation möglich ist. Auch der Zugriff auf gespeicherte Verbindungsdaten soll in diesen Fällen möglich werden. Schließlich sollen neue Computerprogramme genutzt werden, die die Wahrscheinlichkeit von Einbrüchen in bestimmten Gegenden vorausberechnen können. In diese Gegenden kann die Polizei dann gezielt Streifen entsenden.

Einbrüche in Deutschland

Zahl der bundesweit registrierten Fälle von Wohnungseinbruchdiebstählen



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2015



Die CDU/CSU-Fraktion im Plenarsaal des Bundestages



© Tobias Koch



Flüchtlinge und Einwanderer
aus Ländern wie Eritrea,
Afghanistan oder Iran
besuchen einen Deutschkurs



Flüchtlingenzuzug dauerhaft reduzieren

Zahlen bereits deutlich gesunken –
Asylpakete wirken – Neue Grundlagen für Integration



»Die Situation ist heute um ein Vielfaches besser als vor einem Jahr.«

© Getty Images

Weltweit befinden sich rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Allein in Deutschland suchten im vergangenen Jahr geschätzt eine Million Zuflucht vor Krieg und Zerstörung, vor Not und Bedrängnis. Doch auch ein wirtschaftlich starkes Land wie Deutschland kann nicht auf Dauer eine derart hohe Zahl an Flüchtlingen aufnehmen. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Zuzug an Flüchtlingen dauerhaft und nachhaltig zu reduzieren – mit Erfolg. Während etwa im November 2015 noch mehr als 206.000 Asylbewerber nach Deutschland kamen, waren es im Juli dieses Jahres nur noch 16.160.

„Die Situation ist heute um ein Vielfaches besser als vor einem Jahr“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang September im Bundestag. Das liege an den Regelungen, die die Regierung auf den Weg gebracht habe, um den Zustrom dauerhaft zu reduzieren und die Bleibeberechtigten besser zu integrieren. Es bleibe aber noch viel zu tun. Zu Sorgen in der Bevölkerung angesichts der hohen Zahl an Flüchtlingen erklärte die Kanzlerin, Deutschland habe sich

seit Gründung der Bundesrepublik immer wieder verändert. „Veränderung ist nichts Schlechtes.“ Sie versicherte gleichzeitig: „Deutschland wird Deutschland bleiben – mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.“ Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, betonte im Bundestag, man nehme die Verunsicherung der Menschen ernst und gebe Antworten darauf.

Auf nationaler Ebene hat die Koalition unter anderem das Asylrecht verschärft. So müssen Bundesländer abgelehnte Asylbewerber nun innerhalb von drei Monaten abschieben, während sie sich früher damit sechs Monate Zeit lassen konnten. Außerdem dürfen Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden, damit die Betroffenen nicht kurz vorher untertauchen. Auch die Anforderungen an Atteste, mit denen abgelehnte Asylbewerber ihre Abschiebung aus Krankheitsgründen hinauszögern können, wurden verschärft.

Darüber hinaus wurde die Zahl der sogenannten sicheren Herkunftsländer auf Drängen der Unionsfraktion ausgeweitet. Mittlerweile sind alle Balkanländer als solche eingestuft. Das bedeutet, dass die Verfahren von Asylbewerbern aus diesen Ländern binnen drei Wochen zum Abschluss

gebracht werden. Wer aus einem sicheren Herkunftsland stammt, bleibt bis zum Ende seines Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung. Dort sollen die Bundesländer das Taschengeld durch Sachleistungen ersetzen. Das verringert Fehlanreize für Menschen, die aus rein wirtschaftlichen Motiven nach Deutschland kommen.

Schleppern das Handwerk legen

In der Schwebe ist noch die Einstufung der Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien als sichere Herkunftsländer. Während der Bundestag diese bereits beschlossen hat, verweigert der Bundesrat bislang seine Zustimmung. Volker Kauder appellierte an die sozialdemokratisch und grün regierten Länder, endlich zuzustimmen. Mit dieser Regelung könne man Menschen davor bewahren, ihre gesamte Habe zu verscherbeln und sich in die Hände von Schleppern zu begeben – nur um später zurückgeschickt zu werden und in der alten Heimat vor dem Nichts zu stehen. Gerade Schleppern müsse man das Handwerk legen, forderte Kauder, denn Menschenhandel bringe inzwischen mehr Ertrag als Drogenhandel.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) braucht dafür inzwischen nur noch

durchschnittlich vier Monate. Mit dem neuen Flüchtlingsausweis werden alle Daten des jeweiligen Asylbewerbers zentral erfasst. Das vermeidet Doppelregistrierungen und unterbindet Versuche, mehrfach Leistungen zu kassieren. Um die Entstehung sozialer Brennpunkte zu verhindern, kann Flüchtlingen ohne Arbeitsplatz für drei Jahre ein Wohnort zugewiesen werden. Kriminelle Ausländer können leichter abgeschoben werden, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden. Die beschleunigten Abschiebungen waren der Unionsfraktion gerade nach den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Großstädten wichtig.

Auch auf europäischer Ebene wurde einiges geleistet, um den Flüchtlingszustrom zu steuern. So werden die EU-Außengrenzen besser geschützt durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex und NATO-Patrouillen in der Ägäis. Das teils umstrittene Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei wirkt. Die Zahl der Flüchtlinge, die von der türkischen Küste aus nach Griechenland kommen, ist seit Inkrafttreten des Abkommens im April um über 90 Prozent gesunken. Wenn man die EU-Außengrenzen besser schützen wolle, müsse man mit den Nachbarstaaten sprechen, betonte die Kanzlerin. Das Abkommen sei Modell für weitere sol-

Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation

Um die Flüchtlingssituation zu bewältigen und diejenigen mit Bleibeperspektive zu integrieren, hat die Koalition erhebliche Mittel bereitgestellt. Im Folgenden eine Auflistung:

- Bereits im Bundeshaushalt 2015 hat die Koalition 350 zusätzliche Stellen und entsprechende Sachmittel für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bewilligt. Die Mittel für die Beratung erwachsener Zuwanderer wurden um acht Millionen Euro auf insgesamt rund 34 Millionen erhöht. Auch die humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt und im Entwicklungsministerium wurde um fast 280 Millionen Euro aufgestockt.
- Im Mai 2015 hat die Koalition im Ersten Nachtragshaushalt dem BAMF weitere 750 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Des Weiteren wurden die Mittel für Integrationskurse um 25 Millionen auf 269 Millionen Euro erhöht. Die Bundespolizei hat zusätzliches Geld für die Rückführung abge-

lehnter Asylbewerber erhalten. Außerdem hat der Bund frühzeitig Länder und Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt.

- Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt wurde die Entlastung der Länder und Kommunen von einer Milliarde auf zwei Milliarden Euro verdoppelt. Außerdem hat die Koalition die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben den Ländern und Gemeinden die Kosten für Aufbau oder Instandsetzung von Flüchtlingsunterkünften auf ihren Liegenschaften erstattet. Das Auswärtige Amt hat zusätzliche 75 Millionen Euro zur Unterstützung des Welternährungsprogramms und des UN-Flüchtlingshilfswerks in Syrien, Jordanien, dem Libanon und der Türkei erhalten.
- Im Bundeshaushalt 2016 und 2017 sind für asyl- und flüchtlingsbedingte Leistungen fast 35 Milliarden Euro vorgesehen.

che Vereinbarungen, etwa mit Ägypten, Tunesien oder gar Libyen, wenn das Land erst wieder eine stabile Regierung haben werde.

„Anpassungsleistungen gefordert“

Die Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben dürfen, sollen möglichst schnell in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden. Dafür hat die Koalition ein Integrationsgesetz verabschiedet, in dem das Prinzip Fördern und Fordern festgeschrieben wurde. So werden Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu Deutsch- und Integrationskursen verpflichtet. Wer diese ablehnt oder abbricht, erhält weniger Leistungen. Wer sich hingegen erfolgreich integriert, kann nach fünf Jahren Aufenthalt unbefristet in Deutschland bleiben. Wer eine Ausbildung absolviert, darf selbstverständlich bleiben, so lange sie dauert. Findet derjenige anschließend eine Arbeit, darf er zwei weitere Jahre bleiben – wenn nicht, hat er sechs Monate, um einen Arbeitsplatz zu finden.

Bei der Integration gilt das Prinzip Fördern und Fordern.

Volker Kauder formulierte klar, dass von den Flüchtlingen auch „Anpassungsleistungen“ zu erwarten sind. Mit Blick auf islamische Kleidervorschriften betonte der Fraktionsvorsitzende im Bundestag: „Deutschland ist kein Gottesstaat.“ Es sei trotz seiner christlich-jüdischen Wurzeln weltanschaulich neutral. Deshalb habe an Schulen und Gerichten das Kopftuch keinen Platz.

Die Unionsfraktion spricht sich grundsätzlich gegen Vollverschleierung aus. Burka oder Nikab werden von Islamwissenschaftlern ohnehin nicht als religiöses, sondern als politisches Statement gesehen. Außerdem behindern sie eine offene Kommunikation und sind Zeichen der Unterdrückung von Frauen, was mit den Werten einer aufgeklärten Gesellschaft nicht zu vereinbaren ist.

Bundeskanzlerin Merkel sagte auf der internationalen Parlamentarierkonferenz zur Glaubensfreiheit in der Fraktion, sie sehe in der Vollverschleierung ein großes Hindernis für die Integration. Allerdings sprach sie sich gegen ein allgemeines Verbot aus. Denn zur Religionsfreiheit gehöre auch, seinen Glauben öffentlich bekunden zu dürfen. Deshalb setzt die Bundeskanzlerin darauf, präzise Handlungsvorgaben für Teilbereiche des öffentlichen Lebens zu machen, in denen es wichtig ist, sein Gesicht zu zeigen. Dies gilt etwa für Schulen, Gerichte oder Behörden.



Ein Flüchtling aus Eritrea wird als Schreiner ausgebildet.

Kinderehen verbieten – Integrationschancen steigern

Stephan Harbarth über den Schutz von Flüchtlingsmädchen und ihr Recht auf Bildung und Selbstbestimmung

Spätestens mit der Einreise hunderttausender Flüchtlinge im vergangenen Jahr kam auch das Phänomen der Kinderehe nach Deutschland. Eine genaue Größenordnung ist noch nicht bekannt, doch gehen die Behörden von einer vierstelligen Anzahl im Bundesgebiet aus. Meistens handelt es sich um minderjährige Mädchen, die in ihrer Heimat mit einem viel älteren Mann verheiratet wurden. Die Unionsfraktion verabschiedete auf ihrer Vorstandsklausur Anfang September ein Papier, in dem sie für ein Verbot von Kinderehen

plädiert. Über das Thema sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Harbarth.

Herr Harbarth, Sie haben den Anstoß für das Papier gegeben. Was hat Sie dazu gebracht?

Harbarth: Die zunehmende Berichterstattung über Kinderehen unter Flüchtlingen sowie zuletzt die Meldung, dass auch hier in Deutschland einfach so Mädchen aus den Schulen verschwinden, weil sie offensichtlich von ihren Eltern verheiratet werden, machen mich sehr betroffen. Hinzu kam dann noch der Fall einer zum Zeitpunkt ihrer Verheiratung 14-Jährigen, den das Oberlandesgericht Bamberg kürzlich zugunsten des Fortbestandes der Ehe entschieden hatte. Das alles hat mir deutlich gemacht, so kann es nicht weitergehen. Wir müssen handeln.

Wie ist man mit den Fällen von Kinderehen in Deutschland bisher umgegangen?

Harbarth: Die Rechtslage in Deutschland ist klar: Ob eine im Ausland geschlossene Ehe in Deutschland als wirksam anerkannt wird, bestimmt sich nach den

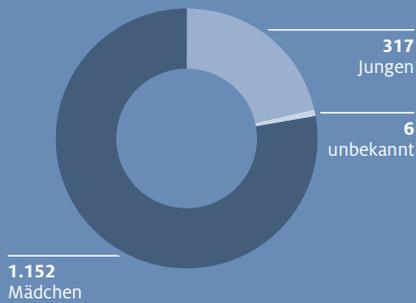


© Steven Rögler

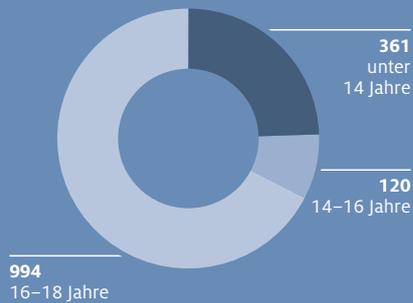
Stephan Harbarth
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundesweit 1.475 verheiratete minderjährige Ausländer registriert

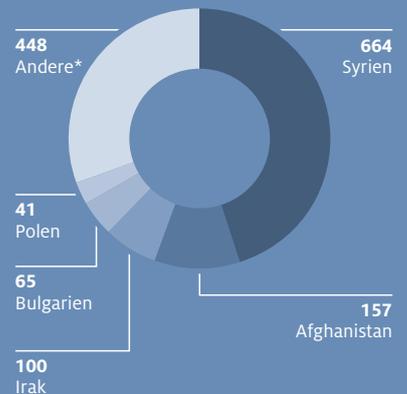
Geschlechterverteilung



Altersstruktur



Herkunftsstaaten



Quelle: Ausländerzentralregister (AZR)/BMI; Stand: 31. Juli 2016
 * u.a. Rumänien (33), Griechenland (32), Türkei (26), Iran (22)

Vorgaben des Internationalen Privatrechts. Maßgeblich ist hierfür, ob die Anwendung des ausländischen Rechts zu einem Ergebnis führen würde, das mit den wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Das ist der sogenannte Ordre-public-Vorbehalt. Dies wird dann in jedem Einzelfall geprüft.

Jetzt, da das Phänomen mit dem Zustrom von Flüchtlingen immer häufiger wird, was kann und muss der Rechtsstaat tun?

Harbarth: Der Rechtsstaat muss jetzt Farbe bekennen. Wir Politiker sprechen immer wie selbstverständlich davon, dass die Integration der Menschen, die zu uns kommen, natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes geschehen muss. Aber was heißt das eigentlich konkret für unser Zusammenleben mit hunderttausenden Menschen, die unsere Werte und unsere Kultur nicht kennengelernt haben? Das Beispiel der Kinderehe führt uns das sehr eindrücklich vor Augen. Ich halte es für eine gute Lösung, wenn wir künftig die Jugendämter verpflichten würden, bei Kinderehen einen Antrag auf Aufhebung zu stellen. Dann kann in einem nachfolgenden gerichtlichen Verfahren geprüft werden, ob ein Ausnahmefall vorliegt, ob also die Ehe ausnahmsweise bestehen bleiben kann oder ob sie aus Kindeswohlerwägungen aufgehoben werden muss. In einem solchen Aufhebungsverfahren können wir alle damit zusammenhängenden Fragen rechtsverbindlich für alle Beteiligten klären. Damit zum Beispiel auch Klarheit besteht, was mit Unterhaltsansprüchen geschieht.

Kann ein Verbot die Chance der betroffenen Mädchen auf Integration fördern?

Harbarth: Opfer von Kinderehen aus fremden Kulturkreisen in unsere Gesellschaft zu integrieren ist für alle Seiten eine große Herausforderung. Wenn ein Mädchen im Alter von zwölf oder 13 Jahren verheiratet wird, hat es keine Chancen auf Bildung, keine Chance auf ein eigenes, selbstbestimmtes Leben, keine Chance auf eine Zukunft, die es selbst gestalten kann. Daher ist

es aus meiner Sicht für eine Integration der Mädchen essenziell, dass wir ihnen aufzeigen: Sie leben in Deutschland in einem Land, in dem Frauen dieselben Rechte wie Männer haben. Bei uns bestimmen weder die Eltern darüber, wer wen heiratet, noch bestimmen die Männer über das Leben der Frauen. Viele dieser Mädchen müssen erst lernen, dass sie hier bei uns eigene Rechte haben, die sie auch wahrnehmen können. Sie können bei uns in die Schule gehen, studieren, einen Beruf ergreifen und vieles mehr, was in ihren Heimatländern häufig undenkbar wäre. Diese Chancen haben sie nicht, wenn sie in einer Kinderehe leben, in der ihr Ehemann über ihr Leben bestimmt.

Welche Unterstützung kann man den Betroffenen geben, nachdem eine solche Kinderehe annulliert wurde?

Harbarth: Wir dürfen die Betroffenen natürlich nicht alleine lassen. In manchen Fällen werden die minderjährigen Mädchen keine andere Bezugsperson in Deutschland haben als ihren Ehemann. Eine Trennung von ihm wird von vielen vielleicht im ersten Moment gar nicht als positiv, sondern vielmehr als beängstigend empfunden werden. Daher müssen wir psychosoziale und psychologische Betreuung und Begleitung umfassend bereitstellen. Der Ausbau dieser Leistungen ist in erster Linie Aufgabe der einzelnen Bundesländer. Ich könnte mir auch vorstellen, dass spezielle Mädchenwohngruppen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe eine gute Möglichkeit wären, um den betroffenen Mädchen einen ersten Halt und Orientierung in einer Gemeinschaft zu geben.

In Deutschland darf nur heiraten, wer 18 Jahre alt ist. Ausnahmen gibt es für 16- und 17-Jährige, wenn ein Familiengericht dies genehmigt. Ist das noch zeitgemäß?

Harbarth: Aufgrund der geschilderten Tendenzen zur immer früheren Verheiratung junger Mädchen auch in Deutschland halte ich es für richtig, dass wir das Heiratsalter auf den Prüfstand stellen. Es sprechen gute Gründe dafür, es generell auf 18 Jahre anzuheben. Ob weiterhin Ausnahmen zulässig sein sollten, müssen wir beraten.

»Heiratsalter auf den Prüfstand stellen«

Chancen auf beiden Seiten des Atlantiks

Die Union steht zu den Handelsabkommen mit Kanada und den USA



© Getty Images

Brandneue Sportwagen im Hafen von Emden, bereit für den Export in die USA.

Über Jahrzehnte hinweg haben sowohl Deutschland als auch die Europäische Union mit anderen Staaten Handelsabkommen geschlossen, ohne dass dies in der Öffentlichkeit auf besonderes Interesse gestoßen wäre. Doch bei CETA, dem bereits ausverhandelten Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, sowie bei TTIP, der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA, ist plötzlich alles anders. Globalisierungskritiker von links und rechts laufen Sturm gegen die beiden Abkommen. Angst vor der Globalisierung, Misstrauen gegenüber den USA und eine wirtschaftsfeindliche Grundhaltung bilden dabei oft eine unheilvolle Mischung.

In Diskussionen mit Kritikern zeigt sich immer wieder, dass die Argumente der Gegner oft schnell zu widerlegen sind. Typisch dafür war das „Chlorhähnchen“, das am Anfang der Debatte um TTIP eine wichtige Rolle spielte. Als schließlich selbst die schärfsten TTIP-Kritiker zur Kenntnis nehmen mussten, dass die in den USA übliche Desinfizierung von Hähnchen mit Chlor gesundheitlich völlig unbedenklich ist und man bei einem Besuch im Hallenbad mehr Chlor aufnimmt als beim Verzehr eines in den USA verar-

beiteten Hähnchens, konzentrierten sich die Angriffe sogleich auf andere und zumeist ebenso leicht zu widerlegende Punkte.

Die Unionsfraktion ist fest davon überzeugt, dass die wirtschaftlichen und politischen Chancen der Abkommen die möglichen Risiken bei weitem überwiegen. Der Verzicht auf Zölle sowie die Schaffung einheitlicher Normen und Standards wird auf beiden Seiten des Atlantiks für spürbare Wachstumsimpulse sorgen, von denen die exportstarke deutsche Wirtschaft ganz besonders profitieren dürfte. Aber auch politisch wäre es ein wichtiges Signal, wenn Europa und die USA die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss führten. Die de-

demokratische Wertegemeinschaft des Westens hätte auch auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Handlungsfähigkeit bewiesen und könnte in anderen Regionen der Welt Maßstäbe setzen. Scheitern CETA und TTIP, droht hingegen die Gefahr, dass autoritär regierte Staaten in anderen Weltregionen die Regeln im internationalen Handel prägen. „TTIP wird die Chance bieten, weltweit Standards zu setzen“, betont der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer. „Wir wären dumm, diese Chance nicht zu nutzen.“

Wirtschaftsminister auf Schlingerkurs

Leider fährt der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel auch bei diesem Thema einen Schlingerkurs. Um seiner verzagten Partei wenigstens ein Ja zu CETA abzurufen, hat er die TTIP-Verhandlungen für „de facto gescheitert“ erklärt. Das ist insofern absurd, als die abschließenden Gespräche noch gar nicht begonnen haben. Natürlich gibt es zwischen der amerikanischen und europäischen Seite noch große Differenzen. Doch wie bei anderen Verhandlungen wird man auch bei TTIP die heikelsten Punkte erst am Ende klären können. Dass Fortschritte auch in der Schlussrunde möglich sind, wurde bei CETA gerade erst unter Beweis gestellt. Das geplante Handelsgericht, das auf Druck der Europäer gegenüber Kanada durchgesetzt wurde, wird transparentere und rechtsstaatlich besser legitimierte Entscheidungen treffen als die bisher üblichen privaten Schiedsstellen.

Für die Sicherheit unserer Bürger

Bei ihrer Vorstandsklausur am 1. und 2. September 2016 hat die Unionsfraktion entscheidende Weichen für ihre künftige Politik gestellt. Hauptschwerpunkte waren in diesem Jahr die Innere Sicherheit und die Sicherheitszusammenarbeit in Europa. Das Bild zeigt den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und seine Erste Stellvertreterin, die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt, bei der Pressekonferenz zum Abschluss der Klausur.



© Steven Rößler

Glaubensfreiheit in der internationalen Zusammenarbeit

110 Parlamentarier aus 60 Ländern haben vom 12. bis 14. September 2016 auf einer Konferenz in Berlin über das Grundrecht auf Glaubensfreiheit beraten. Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel diskutierten Christen, Juden, Muslime und Angehörige religiöser Minderheiten, wie man die Religionsfreiheit besser durchsetzen kann. Denn weltweit werden Millionen

Menschen wegen ihres Glaubens gedemütigt, verfolgt, oft sogar getötet. Das Foto zeigt Konferenzteilnehmer vor dem Reichstagsgebäude.



© Julia Nowak

Herrin der Zahlen

Die AG Haushalt im Porträt – Solide Ausgabenpolitik als Markenkern

Ob in Demokratien oder Monarchien – seit Jahrhunderten ist das Budgetrecht das vornehmste Recht des Parlaments. In Deutschland ist dieses Recht im Grundgesetz festgeschrieben. „Allein das Parlament“ sei für die Festsetzung von Ausgaben zuständig, heißt es dort. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Arbeitsgruppe Haushalt die Herrin der Zahlen. Sie besteht aus 20 Mitgliedern zwischen 37 und 67 Jahren, die aus zwölf verschiedenen Bundesländern kommen. Vorsitzender der AG ist Eckhardt Rehberg aus Mecklenburg-Vorpommern, sein Stellvertreter Norbert Brackmann aus Schleswig-Holstein.

Welche Bedeutung das Budgetrecht hat, manifestiert sich alljährlich auch in der Haushaltsdebatte des Bundestages, die stets zur Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung genutzt wird. Im September debattierte das Plenum des Bundestages den Haushalt 2017 in erster Lesung; im November wird er verabschiedet. Das bedeutet jede Menge Arbeit für die Mitglieder der AG, die sich hauptsächlich mit der Aufstellung des Bundeshaushalts befassen. Jedes Mitglied hat sich auf einen der 23 Einzelpläne spezialisiert, die vor allem die Ein- und Ausgaben der Ministerien betreffen.

Vor der eigentlichen Beratung im Haushaltsausschuss finden sogenannte Berichterstattergespräche statt, an denen außer den Abgeordneten auch die zuständigen Fachminister mit Vertretern ihres Hauses, das Bundesfinanzministerium sowie der Bundesrechnungshof teilnehmen. Das Ergebnis dieser Gespräche ist die Grundlage für die Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages.

Sie finden mit der sogenannten Bereinigungssitzung Anfang November, in der um einzelne Posten noch hart gefeilscht wird, ihren Abschluss. In der 2./3. Lesung im Plenum kommt es dann normalerweise nicht mehr zu Änderungen.

Darüber hinaus ist die AG unter anderem für alle Fragen rund um den Euro sowie für die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zuständig. Im Rechnungsprüfungsausschuss – einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses – werden in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechnungshof die Ausgaben der Bundesregierung kontrolliert.

Verzicht auf neue Schulden – mehr Geld für Investitionen

Die Unionsfraktion steht für eine solide Haushaltspolitik. Unter Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble wurde mit kräftiger Unterstützung der Fraktion die Neuverschuldung kontinuierlich abgebaut. Seit 2014 kommt der Bund ohne neue Schulden aus. Gleichzeitig wachsen die Investitionen des Bundes stetig. Bis zum Jahr 2019 sind dafür rund 35 Milliarden Euro eingeplant – zehn Milliarden Euro mehr noch als 2014. Der Bildungs- und Forschungsetat erreicht im Jahr 2017 erneut einen Rekordwert; er stieg seit 2009 um über 70 Prozent.

Dass der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes ständig zunimmt, ist allerdings ein Trend, der nach Auffassung der Unionsfraktion dringend gebremst werden muss. Die Sozialausgaben sind mit gut 171 Milliarden Euro im Jahr 2017 der mit Abstand größte Ausgabenbereich und machen 52 Prozent des Gesamthaushalts aus. Statt für immer neue Sozialprogramme setzt sich die CDU/CSU-Fraktion für eine steuerliche Entlastung der Bürger, besonders der Familien, ein.



Der Vorsitzende der AG Haushalt, Eckhardt Rehberg (rechts), und sein Stellvertreter Norbert Brackmann



Auf neue Schulden verzichten – Kommende Generationen entlasten

Fragen und Antworten zum Bundeshaushalt 2017

Der Bundestag hat Anfang September den Bundeshaushalt 2017 und die Finanzplanung bis 2020 in erster Lesung beraten. Der Haushaltsentwurf sieht Ausgaben in Höhe von rund 329 Milliarden Euro vor – fast zwölf Milliarden Euro mehr als im Jahr 2016. Gleichzeitig kommt der Bund – wie bereits seit 2014 – auch im nächsten Jahr ohne neue Schulden aus. An dieser Politik der soliden Haushalte hält die Unionsfraktion auch in Zukunft fest.

Warum ist ein Haushalt ohne neue Schulden für die Union so wichtig?

Der Verzicht auf neue Schulden ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Erst eine solide Haushaltspolitik schafft die finanzpolitischen Spielräume, um auf unvorhergesehene Situationen wie etwa das Hochwasser 2013 oder die aktuelle Flüchtlingskrise reagieren zu können. Außerdem erhalten kommende Generationen so mehr Gestaltungsmöglichkeiten.

Gibt es Einschnitte für die Bürger wegen der Ausgaben für Flüchtlinge?

Nein, wegen der Flüchtlinge wird keinem Bürger etwas weggenommen. Neiddebatten sind völlig fehl am Platz. Denn Deutschland geht es gut; die deutsche Wirtschaft wächst. Die Zahl der Beschäftigten steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt. Angesichts wachsender Löhne erhalten auch die Rentner die größte Erhöhung ihrer Bezüge seit über 20 Jahren. Der Bund steigert seine Ausgaben beispielsweise für Bildung und Forschung und investiert auch mehr in die Infrastruktur. Außerdem gibt es im Haushalt 2017 keinerlei Pläne, Sozialleistungen wegen der Flüchtlingskrise zu reduzieren.

Was gibt die Koalition für die innere und äußere Sicherheit aus?

Sicherheit ist ein Kernanliegen der Union. Auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion ist der Innenetat in den Jahren 2013 bis 2017 um gut ein Drittel von 6,1 Milliarden Euro auf 8,3 Milliarden Euro gewachsen. Bereits für 2016 wurden rund 1.600 Stellen bei der Bundes-

polizei und rund 300 Stellen beim Bundeskriminalamt beschlossen. Im Entwurf für 2017 sind wiederum 2.000 zusätzliche Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes vorgesehen. Nach dem Willen der Unionsfraktion soll das Personal bei den Sicherheitsbehörden von 2017 bis 2020 nochmals um 4.500 aufgestockt werden.

Auch der Verteidigungsetat wird an die umfassenderen Anforderungen zur Bündnis- und Landesverteidigung angepasst. Er steigt im Jahr 2017 um 2,3 Milliarden Euro auf rund 36,6 Milliarden Euro.

Welchen Spielraum für Steuerentlastungen gibt es?

Auf Druck der Union wird die Koalition für 2017 und 2018 voraussichtlich noch Entlastungen von insgesamt rund sechs Milliarden Euro auf den Weg bringen. Damit sollen die Freibeträge für Erwachsene und Kinder sowie das Kindergeld erhöht werden. Außerdem soll der Preisanstieg 2016 in den Steuertarifen eingearbeitet werden.

Deutschland steht finanziell hervorragend da: Der Haushalt für das Jahr 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von rund **329** Milliarden Euro – **11,8** Milliarden Euro mehr als 2016. Es werden **0** neue Schulden gemacht. Für die Unionsfraktion ist der Schutz der Bürger vor Terrorismus und Kriminalität eine der zentralen Aufgaben; deshalb werden **8,3** Milliarden Euro in die Innere Sicherheit investiert. Allein von 2016 bis 2020 sollen rund **7.000** neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen werden. Für Bildung und Forschung sollen rund **17,6** Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Der Verteidigungsetat soll auf **36,6** Milliarden Euro erhöht werden. Verkehr und digitale Infrastruktur können mit **26,8** Milliarden Euro rechnen.

Handwerk bei der Integration vorn

Von Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Die Anhaltspunkte für ein positives Ausbildungsmarktergebnis im Jahr 2016 verdichten sich. Immer mehr junge Menschen begeistern sich für die beruflichen Perspektiven und Karriere-möglichkeiten im Handwerk. Ende August wurden fast zwei Prozent mehr neu abgeschlossene Lehrverträge als im Vorjahreszeitraum registriert.

Das Handwerk bietet jungen Menschen eine berufliche Perspektive. Wir brauchen die künftigen Fachkräfte dringend, genauso wie die Betriebsnachfolger. Jugendlichen mit Einstiegschwierigkeiten greift das Handwerk unter die Arme: mit Einstiegsqualifizierungen, ausbildungsbegleitenden Hilfen oder Nachhilfeangeboten. Leistungsstärkere Jugendliche erreichen wir mit unseren Fortbildungsangeboten, Studienaussteiger mit entsprechenden Beratungskoope-rationen. Der Anteil der Abiturienten unter den Azubis hat sich in den letzten Jahren erfreulicherweise verdoppelt. Demografischer Wandel und die Fokussierung auf Gymnasien in vielen Bundesländern führen jedoch zu immer weniger Haupt- und Realschülern auf dem Ausbildungsmarkt. Daher muss das Handwerk Jugendliche mit attraktiven Angeboten – wie dem Berufsabitur – ansprechen.

Das Handwerk ist auch vorn dabei, wenn es um Integration geht. Nicht nur die muttersprachlichen Ausbildungsberater in den Kammern zeigen, dass wir offen sind für Auszubildende aller Nationalitäten. Die Zahl ausländischer Auszubildender im Handwerk ist mit 7,7 Prozent klar über dem Ausländeranteil unter allen Auszubildenden der Gesamtwirtschaft (6,5 Prozent).

Frühzeitig hat sich das Handwerk auch in zahlreichen Projekten und Initiativen insbesondere zur Berufsorientierung und -vorbereitung, Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen engagiert. Rund 2.450 junge Menschen aus den acht nichteuropäischen Asylzugangsländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien absolvieren bereits eine Ausbildung im Handwerk (vorläufige ZDH-Statistik für 2015). Über 40 Prozent aller Lehrlinge mit einer der genannten Staatsangehörigkeiten absolvieren ihre Ausbildung im Handwerk. Das Handwerk leistet damit einen bedeutenden Beitrag zur Integration von jungen Ausländern aus den acht betrachteten Ländern, darunter viele aus ihrem Heimatland geflüchtete.

Die Bereitschaft gerade der kleinen und mittleren Familienunternehmen im Handwerk, Flüchtlinge mit Bleibeperspektive auszubilden und zu beschäftigen, ist unge-

brochen. Bei der Ausbildung und Berufsvorbereitung stellen die geringen Deutschkenntnisse der jungen Menschen jedoch eine große Herausforderung dar. In einer Abfrage des ZDH melden über die Hälfte der Bildungszentren des Handwerks, die eine Berufsorientierungs- und Vorbereitungsmaßnahme für Flüchtlinge anbieten, Sprachbarrieren als einen wesentlichen Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Qualifizierung. Vorgeschaltete quantitativ und qualitativ hochwertige Sprachkurse müssen also dringend verstärkt werden.



© ZDH/Steiner

Auch das oft noch fehlende Interesse an einer dualen Ausbildung seitens der jungen Flüchtlinge erschwert eine gelin-

gende Integration durch eine nachhaltige Beschäftigungsperspektive. Für manche erscheint der schnelle Helferjob erst einmal finanziell attraktiver. Der Stellenwert der beruflichen Aus- und Weiterbildung wird häufig unterschätzt und muss ihnen erst vermittelt werden.

Das Handwerk zeigt großen Einsatz, um diese Flüchtlinge zu integrieren, auch um seinen Bedarf an vollqualifizierten Fachkräften zu decken. Doch Achtung: Kurzfristig gedachte Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration helfen niemandem. Nur eine ganzheitliche Ausbildung mit ihren bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten wird diese jungen Menschen zu Fachkräften qualifizieren. Was wir brauchen, ist berufliche Handlungskompetenz, auch bei wechselnden Betätigungsfeldern. Nur damit stehen ihnen Fach- und Führungskarrieren offen. Nur damit können sie den sich verändernden Arbeitsmärkten – Stichwort Digitalisierung – angemessen begegnen.

Impressum

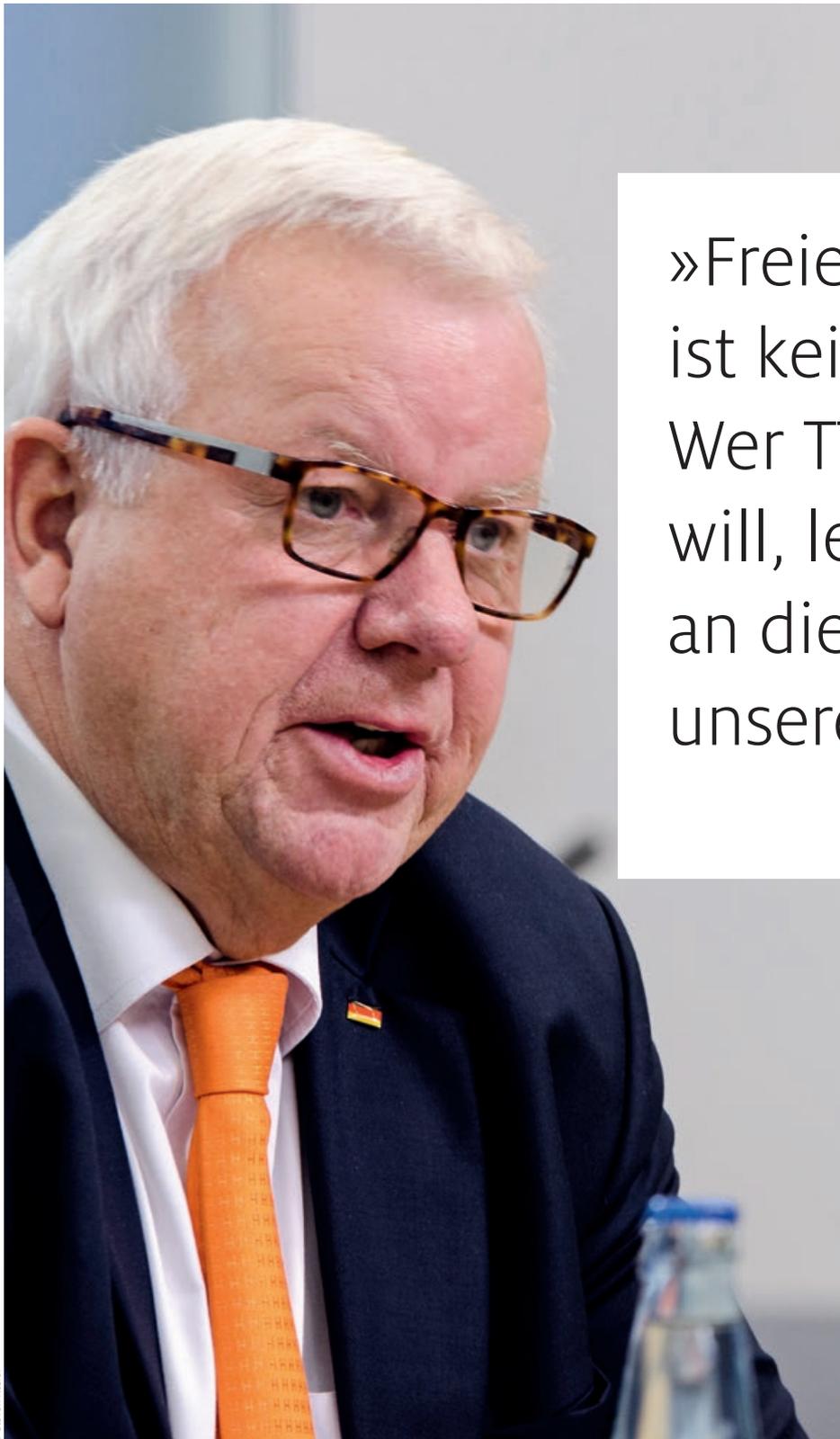
Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantwortl.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.





© Steven Rösler

»Freier Welthandel ist kein Selbstläufer. Wer TTIP verhindern will, legt die Axt an die Grundlage unseres Wohlstands.«

Michael Fuchs, stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, zu den Protesten gegen das transatlantische Freihandelsabkommen

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducsu.de



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de



www.youtube.com/cducsu

Fraktion direkt:
www.cducsu.de/fd



twitter.com/cducsu



[www.instagram.com/
cducsu](https://www.instagram.com/cducsu)

„Fraktion direkt“ bestellen

„Fraktion direkt – Das Monatsmagazin“ erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducsu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich „Fraktion direkt – Der Newsletter“. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducsu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von „Fraktion direkt – Das Monatsmagazin“.

Termine

17. Oktober 2016
Internationales Fachgespräch
„Zukunft der Arbeit in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“

7. November 2016
Kongress
„Frauen als Motor der Integration“